

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

## Unbegreiflichkeiten. Mängel des Systems.

Zuerst kam „der Hauptmann von Köpenick“ und bewies lediglich durch seine Uniform einen Trupp Soldaten, ihm bei der Verübung eines frechen Raubes beihilflich zu sein. Das war schlimm. Alle Welt lachte. Dann folgte der Kaiserarm in Strassburg, und dieser zweite Streich war schlimmer. Denn diesmal waren es nicht einfache Soldaten, sondern die obersten Spitzen des Heeres, die einer jeden Täuschung unterlagen. Nach diesen beiden Bloßstellungen hatte ja der Leutnant von Forstner eben gerade noch gefehlt, um über die Grenzen Deutschlands hinaus festzustellen, daß unser militärisches System Mängel aufweist, die im Falle kriegerischer Verwickelungen sehr gefährlich wirken können.

Aber nicht genug damit. Der blunzige Leutnant in Zabern, der unter der Bevölkerung fast nach Laune und Willkür haust, und sich bei seinem Schokoladeneinkauf von einer Patrouille begleiten läßt, darf wochenlang sein Treiben fortsetzen und dadurch die Früchte einer vierzigjährigen Friedensarbeit in den Reichslanden vernichten, ohne daß die Welt erfährt, daß von oben herab dieser Willkür Einhalt getan wäre. Wahrlich es hätte die einfache Mitteilung der Tatsache, daß eine strenge Untersuchung gegen Leutnant v. Forstner eingeleitet sei, vollkommen genügt, um die Erregung, die durch die Vorgänge in Zabern und insbesondere infolge der Ausschaltung der Zivilbehörden durch das Militär in ganz Deutschland entstanden ist, mit einem Schläge aus der Welt zu schaffen. Tatsächlich hat der Kaiser durch seine Telegramme an den Reichskanzler und an den kommandierenden General in Strassburg Maßnahmen zur Beruhigung der Gemüter und zur Bestrafung der Schuldigen getroffen. Aber Unbegreiflichkeiten über Unbegreiflichkeiten! Weder wird hiervon sofort Kenntnis gegeben, noch macht der Reichskanzler davon im Reichstag Mitteilung: nein, das Auftreten des Reichskanzlers und besonders des Kriegsministers vor der Volksvertretung mußte geeignet sein, den Eindruck sogar noch zu verstärken, als habe das Militär in Zabern sich, abgesehen von einzelnen Unfortheiten, keiner Ueberschreitungen schuldig gemacht. Wer an die Zeiten des seligen Puttkamer denkt, oder sich des Ministers von der Necke erinnert, kann über Unbegreiflichkeiten von Ministern zum Parlament eigentlich kaum erstaunt sein. Aber Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat durch sein maßloses und diplomatisches Auftreten bei der Erörterung der Vorgänge in Zabern selbst den Veteranen im Reichstag eine Ueberschätzung bereitet. Nach all den unentschuldigten Unterlassungssünden, die wochenlang im Falle Zabern begangen worden sind, hätte der Reichskanzler noch im Reichstag herabredend wirken können. Anstatt dessen wird durch ihn und den Kriegsminister die Entrüstung noch erhöht, bis dann aus Donau- scheinungen plötzlich die Nachricht kommt, die schon vor zehn Tagen hätte Frieden stiften können.

Diese Vorgänge lehren, daß in den obersten Spitzen unserer Zivil- und Militärverwaltung starke Mängel vorhanden sind. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit militärische Instanzen Schuld an der Haltung des Reichskanzlers getragen haben. Man darf wohl annehmen, daß diese Schuld nicht gering ist. Auch die Vorgänger des Herrn v. Bethmann-Hollweg konnten ein Lied davon singen. Soll daran erinnert werden, daß eines schönen Tags sich beim Reichskanzler Grafen Caprivi ein Mann meldete mit der Mitteilung, daß er in den Kolonien für einen Posten ernannt worden sei, ohne daß Graf Caprivi als der für diese Ernennung zuständige Ratgeber der Krone danach eine Ahnung hatte. Wer gedenkt nicht der Kämpfe, die der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf Mitte der neunziger Jahre mit dem Militärkabinet bei den Vorbereitungen der Militärstrafgesetzbuchausfertigung auszufechten hatte, die den tüchtigen Mann schließlich zum Rücktritt aus den üblichen Gesundheitsrücksichten veranlaßte. Welche Qualen hat dieser Minister ausstehen müssen, wenn er sich gegenüber seinem schroffsten Gegner im Reichstag, Eugen Richter, zu dem Schmerzensschrei verstand: „Ach, diese Kämpfe im Reichstag sind es ja nicht, die einem das Leben schwer machen.“

Die Erinnerung an den 3. und 4. Dezember 1913 wird dem Reichskanzler, auch wenn er nicht mehr im Amte sein wird, noch oft im Schlaf Alptrüben verursachen. Er ist empfindlich gegen Kritik und hat nicht die dicke Haut, ohne die nach Bülow's Wort kein Staatsmann auskommen kann. Im Falle Zabern aber wird sich der feinfühligke Reichskanzler nicht verhehlen können, daß selbst die schärfste Kritik seiner Haltung nicht unberechtigt war, und dieses Gefühl ist unter allen Umständen von ganz besonderer Bitterkeit. — un —

Strassburg, 8. Dezember. Wie jetzt seht, kehrt das 99. Infanterieregiment nicht mehr nach Zabern zurück. Es kommt nach Kassel oder nach St. Avold. Alle vom General v. Demling, vom Obersten Kettner und vom Leutnant v. Forstner gegen elässische Blätter anhängig gemachten Klagen sind zurückgezogen worden. — Das Landeskomitee der Zentrumspartei hat beschlossen, in vierzehn Tagen einen außerordentlichen Parteitag zur Stellungnahme wegen Zabern einzuberufen.

Strassburg, 7. Dezember. Verschiedentlich war berichtet worden, daß dem Reserveoffiziersaspiranten elässischer Herkunft des Trainbataillons Nr. 15 vom Bezirkskommando mitgeteilt worden sei, daß sie aus nichtbenedictlichen Gründen von der Liste der Offiziersaspiranten gestrichen worden seien. Diese Nachricht ist, wie offiziell erklärt wird, unwar. Bei den Bezirkskommandos des Armeekorps haben 1913 zur Streichungen von drei Offiziersaspiranten auf eigenen Antrag der Aspiranten oder wegen Nichterfüllung der Übung B stattgefunden.

Strassburg, 8. Dezember. Der Staatssekretär von Elßaß-Lothringen, Born von Bulach, sagte in einem Gespräch mit dem Spezialkorrespondenten der „Berliner Morgenpost“ zu den Zaberner Vorfällen:

„Aus den ungezogenen und beleidigenden Worten eines Leutnants, die sofort hätten eine Sühne finden müssen, wuchs die Affäre sich aus. Anfangs war die Sache wohl nur eine militärische Angelegenheit, aber als dann regelrechte Ueberschreitungen der militärischen Befugnisse vor- kamen — und das geschah am 28. November —, da sind wir eingeschritten. Der Oberst hat seine Machtbefugnisse überschritten und wird sich vor dem Kriegsgericht verantworten müssen. Es ist ein Märchen, daß die elässische Regierung unter dem Einflusse des General- kommandos steht. Die Regierung ist sofort auf das energischste eingeschritten, als sie von den militärischen Uebergreifen am 28. November Kenntnis erhielt.“

„Jedes Unglück bringt ein Glück mit sich.“ fuhr der Staatssekretär fort. „Diese sehr bedauerlichen Ereignisse hatten das glückliche Resultat, daß sie die große Mehrheit der heimischen und eingewanderten Bevölkerung nicht etwa auseinan-

der brachten, sondern sich eins fühlen ließen. Der Zaberner Fall hat die Parteien zusammengeschweißt.“

**Leutnant v. Forstner.**  
Berlin, 8. Dezember. Wie die „A. S.“ meldet, hat sich Leutnant von Forstner gestern in Berlin aufgehalten. Nach der „Frankfurter Zeitung“ hat Leutnant v. Forstner am Sonntagabend Nachmittag mit dem 2. Bataillon des 99. Infanterieregiments Zabern verlassen. Während alle Offiziere den Helm trugen, erschienen v. Forstner mit der Mütze. Dies sei jedenfalls darauf zurückzuführen, daß sich Leutnant v. Forstner seit einigen Tagen krank gemeldet habe. v. Forstner selbst hat in Zabern erzählt, daß er aus der Armee so gut wie entlassen sei, und sich auf sein Abiturientenexamen vorbereiten wolle.

**Protestfundgebungen.**  
Berlin, 8. Dezember. Die Vorgänge in Zabern hatten bei sozialdemokratischen Parteileitungen in Berlin Anlaß zur Einberufung einer großen Anzahl von öffentlichen Versammlungen für gestern gegeben. Für Berlin hatte man sieben, für die Vororte zehn große Säle in Anspruch genommen. Alle Versammlungsräume waren stark gefüllt.

Die Redner sprachen über das gleichlautende Thema „Militär- anarchie statt Verfassungsrecht“. Die Meinungen deckten sich mit den im Reichstag gehaltenen Reden. Zum Schluß wurde in den Versammlungen eine gleichlautende Entschlieung angenommen, in der das Mißfallen über die Zaberner Vorgänge ausgesprochen und gegen die Art und Weise protestiert wird, in der der Reichstag sich dem Militarismus gebeugt hat. Eine Protestversammlung, die von Anarchisten einberufen worden war, hatte einen überaus schwachen Besuch aufzuweisen. Es waren nur etwa 70 Personen erschienen. Auch sonst fanden mehr als im Reichstag Protestversammlungen statt. In Köln sprach der elässische Reichstagsabg. Emmel, in Strassburg der Reichstagsabgeordnete Peitros und in Hohl und in Reg. Dr. Weill. In Frankfurt a. M. fand eine von 6000 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt. Ueberall wurde gegen die Zaberner Vorgänge und gegen die Stellungnahme der Regierung scharfer Protest eingelegt.

Reg. 8. Dezember. In einer hier abgehaltenen Protestversammlung kam der Reichstagsabg. Dr. Weill bei einem Vortrag über Militärkassatur und Reichstag zu einer eigenartigen Schlussfolgerung auf Grund der Meinungen des Unterstaatssekretärs Baughnische. Nach Ansicht des Dr. Weill, hat sich der Reichskanzler mit zwei Kabinettsordern des Kaisers an den Generalleutnant v. Demling in Gegenwart gesetzt. Der Grund hierfür könne nur in einer Verneinung der Wünsche des Kronprinzen, der vor den Interpellationen debattierten im Reichstag eine Unterredung mit dem Kanzler gehabt habe, gesucht werden. Aus dem Wunsche heraus, die Wünsche des Sohnes mit denen des Vaters in Einklang zu bringen, sei die widerprüchliche Haltung des Kanzlers zu erklären. Die Kombination Dr. Weill's hat denn doch sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Bisher war übrigens über die angebliche Unterredung zwischen Kanzler und Kronprinz nichts bekannt. (D. Red.)

## Zentralauschuß der Fortschrittlichen Volkspartei.

10. Berlin, 7. Dezember.  
Die Beratungen des Zentralauschusses der Fortschrittlichen Volkspartei, die, wie berichtet, am Sonntag ihren Anfang genommen, wurden am Sonntag Vormittag im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Abg. v. Payer fortgesetzt. Abg. Fischel sprach über das Thema „Militärgezet und Wehrgesetz“, wobei er die tätige und erfolgreiche Mitwirkung der Fraktion bei der Schaffung der letzten Heeresvermehrung, des Wehretages und der Vermögenswachstumssteuer eingehend schilderte. Insbesondere gewisser Bedenken gegen die letztere Steuer, die auch die Fraktion durchaus würdige, hob der Redner als Vorzug hervor, daß sie andererseits doch nur solche Leute treffe, die sich in einem wirtschaftlichen Aufschwung befinden. Die neuen Besitzsteuern würden in den bestehenden Arten eine heilsame Wirkung auf die Reinigung der Vermehrung der Heereslasten ausüben. Gegen die Bestrebungen des Wehretages auf Heranziehung des letzten Mannes protestierte Abg. Fischel mit Entschiedenheit. Er forderte Reformen im Heere und Beseitigung der Privilegienwirtschaft und unterstützte die Bestrebungen auf Förderung des Einverständnisses zwischen den Völkern.

Abg. Dr. Bachmiede wies gleichfalls auf die immer stärkere Ab- wegung hin, die die internationale Verständigung zum Ziel hat. Nicht um utopische Friedensschwärmerei handle es sich, sondern um den Ausbau des Völkerrechts, um eine Förderung des Verständnisses der Nationen für einander, um die gewissenhafte Prüfung der von anderer Seite an uns herantretenden Rüstungsvoor schläge. Es gelte, ein Gegengewicht zu schaffen gegen die Maßlosigkeit des Wehretages. Gerade unserer Partei erwachse hier eine dankbare Aufgabe, der die Parteigenossen im Lande und die Presse gerecht werden sollten. Abg. Dr. v. Schulze-Gävernitz betonte die taktische Wichtigkeit des Verhaltens der Fraktion bei den Steuergezetzen und hob die Verdienste der Fraktionsführer hervor, die in schwieriger Lage den rechten Weg gewiesen hätten. Abg. Dr. Quibde-Wünnen trat mit großem Nachdruck für eine Begrenzung der Rüstungen durch internationale Verständigung ein. Bürgerchafts- mitglied Dr. Peterien-Hamburg sprach seine volle Zustimmung zur Haltung der Fraktion aus. Abg. Gothein betonte die große Wichtigkeit der inneren Kolonisation für die Stärkung unserer Wehrgesetz. Abg. Hoff wies auf die agitatorische Wichtigkeit der Vermögenswachstumssteuer hin, die lediglich die persönliche Leistungsfähigkeit treffe. Abg. Fischel konnte im Schlußwort die Einmütigkeit des Zentralauschusses in den Rüstungs- und Finanzfragen feststellen und dankte für diese Billigung der Politik der Fraktion.

Abg. Kopych referierte hierauf über Organisations- und Agitationsfragen. Er machte hierbei Mitteilungen über die Kontingenz der Parteisekretäre. Er machte hierbei Mitteilungen über die Kontingenz der Parteisekretäre. Es war dabei das Verhältnis der Parteisekretäre zu den Parteimännern und zur Presse und die Frage der Einseitigkeit der Agitation besprochen worden. Abg. Kopych erläuterte diese Punkte und besprach die Frage der taktischen Stellungnahme der Partei und der Presse zu verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. In der lebhaftesten Diskussion, an der die Herren Abgeordneten Dr. Wendorf, Thospian-Hannover, Abg. Deser, G. Grelen-Berlin, Abg. Lieching, Abg. Begter, Landtagsabg. Münsterberg, Rudor-Weiss und Abg. Dr. Wiemer teilnahmen, wurde die taktische Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik, zum Schutze der Arbeitswilligen, zur Welkenfrage, zur Sozialdemokratie, zur Arbeits-

losenversicherung erörtert. Es wurde dabei des guten Verhältnisses zwischen Partei und Presse gedacht und die Begründung der fortschrittlichen Presseorganisation begrüßt.

Eine vom Brandenburgischen Provinzialverband gegebene, vom Stadtverordneten-Charlottenburg vertretene Anregung auf Ausbau der fortschrittlichen Presse wurde dem geschäftsführenden Ausschusse zur Erwägung überwiesen.

Abg. v. Payer stellte im Schlußwort das erfreuliche Ergebnis der Beratungen fest, die bei gründlicher Aussprache Einmütigkeit in allen politischen Hauptfragen ergeben hätten. Herr v. Eicken-Hamburg dankte unter dem Beifall der Versammelten Herrn v. Payer für die Leitung der Verhandlungen und dem geschäftsführenden Ausschusse für die geleistete Arbeit. Abg. Hundt, der erste Vorsitzende des Zentralauschusses, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, hatte herzliche Grüße und Wünsche gefandt. Abg. v. Payer schloß die Sitzung mit einem lebhaft aufgenommenen Hoch auf die Fortschrittliche Volkspartei.

An der Sitzung des Zentralauschusses haben teilgenommen: 56 gewählte Mitglieder des Ausschusses (von insgesamt 60), 26 Reichstagsabgeordnete, 16 Vertreter der Presse und 24 Parteibeamte.

**Sejmahl.**  
Der Sitzung des Zentralauschusses folgte am Sonntag Nach- mittag ein Sejmahl mit Damen. Abg. v. Payer, der auch hier den Vorsitz führte, eröffnete die Reihe der Trinksprüche mit einem Hoch auf das Vaterland, das uns gerade in diesem Jahre nicht nur lieb, sondern auch „teuer“ sei.

Wie der erste Redner, so gedachten natürlich auch die folgenden der aufregenden politischen Ereignisse der eben vergangenen Woche. Geheimrat Dove toastete auf die Fortschrittliche Volkspartei, deren Einigkeit und Kraft sich auf der eben beendeten Verbandstagung des Zentralauschusses, ebenso auch in der Haltung während der ver- flossenen Woche im Parlament wie auch im Lande draußen gezeigt habe. Abg. Konrad Hauptmann zog das Fazit der Ereignisse. Dem er- strittenen Erfolge gegenüber würde aber allzu große Vertrauens- seligkeit sehr wenig am Platze sein. Unter jubelndem Beifall weichte Gauhmann dem Reichstage sein Glas, der sich als Rückhalt für die Gerechtigkeit und als Kontrolle für die Einigkeit der öffentlichen Gewalten erwiesen habe.

Geheimrat Cassel, der jüngste Ehrenbürger von Berlin, dankte der Parteipresse für ihre Haltung während des Zaberner Konfliktes. Chefredakteur Sochaczewer erwiderte im Namen der Presse mit einem Hoch auf den geschäftsführenden Ausschusse; Professor Ste- nger-Wiesbaden schloß seinen Trinkspruch mit einem Hoch auf die Fraktion im Reichstage und in den Einzelkandidaten.

## Weltausstellung und Regierung.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

In den nächsten Tagen wird im Reichstag über den Antrag Wajermann-Erzberger-Hedeker-Haase verhandelt werden, der von der Reichstasse einen Zuzuschuß für die Beteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in San Francisco verlangt. Damit ist die Regierung vor die Frage gestellt, ob sie bei ihrer bisherigen Haltung beharren oder doch noch in letzter Stunde der veränderten Meinung weiter Kreise und der jetzt gänzlich anderen Situation Rechnung tragen will.

Unseres Erachtens — und das ist auch die Stimmung, die die Mehr- heit des Reichstages beherrscht — ist die Regierung jetzt garnicht mehr in der Lage, sich diesem Antrag gegenüber ablehnend zu verhalten. Abgesehen davon, daß heute weitans mehr große Industrielle sich für eine offizielle Beteiligung an der Ausstellung einziehen als anfangs, ist die Haltung Englands, auf die sich die deutsche Regierung bekanntlich immer stützte, jetzt eine völlig andere. England selbst beabsichtigt jetzt, wie wir erfahren, sich von Staats wegen an der Ausstellung zu beteiligen, und hat deshalb der deutschen Regierung seine Geneigtheit bekunntgegeben, von dem feinerzeit zwischen ihm und Deutschland geschlossenen Vertrag zurückzutreten. Deutschland würde damit neben Rußland der einzige europäische Staat sein, der sich von einer offiziellen Beteiligung an der Weltausstellung ausschloße. Zudem erhebt die staatlich erfolgte Kon- zessionserteilung an San Francisco gegen das ebenfalls feinerzeit in der Konkurrenz vertretene New Orleans die Weltausstellung von San Francisco über das Niveau einer rein lokalen und durch staatliche Mittel unterstützten Veranstaltung hinaus. Die wertvollste Legitimierung als nicht lokale, sondern nationale Angelegenheit dürfte durch die offiziell nach San Francisco verlegten Abschlussschlichkeiten anlässlich der Er- öffnung des Panamakanals ausgeprochen sein.

Ein weiteres ablehnendes Verhalten der deutschen Regierung würde bei der ganzen jetzigen Sachlage in den Vereinigten Staaten heinahe als eine Brückierung aufgefaßt werden, die nur schwer wieder gut zu machen wäre.

## Noch immer die Militärmission!

Zu den neuerdings wieder aufgetauchten Gerüchten über Einwen- dungen Rußlands gegen die Entsendung der deutschen Militär- mission nach der Türkei erklärt man unserer Berliner Redaktion an amtlicher Stelle noch einmal auf das bestimmteste, daß von einem offi- ziellen Protest der russischen Regierung nicht die Rede sein könne, noch viel weniger habe etwa die gesamte Triple- entente gegen die Entsendung der deutschen Offiziere Einspruch erhoben. Diese Feststellung wird natürlich die Pariser und Petersburger Blätter nicht hinreiben, die politische Entzucht auch fernerhin mit löblichem Eifer zu betreiben. Der „Temps“ nimmt den bevorstehenden Pots- damer Empfang der Militärmission durch Kaiser Wilhelm zum Anlaß, um seine Kritik an der Entsendung der Mission fortzusetzen. Der russische Botschafter in Berlin ist nach dem Pariser Blatte beauftragt worden, in freundschaftlicher und lokaler Weise in Berlin die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Es gezeime sich für Deutschland, auf Grund des Berliner Vertrages und der Ver- träge, die es unterzeichnet hat, die nationale Gleichheit und offene Tür zu respektieren. Gegenüber diesen Klavitäten ist wohl die Frage gestellt, wer denn die „offene Tür“ in Konstantinopel verlegt hat. Hat Deutschland vielleicht gegen irgend etwas Einsprüche erhoben? Die Sache liegt doch ganz einfach so, daß die Türken selbst sich dafür entschieden haben, eine deutsche Militärmission zu berufen. Die Stim- men, die sich jetzt so entrüftet hören lassen, sind gewiß nicht die besten Vertreter irgendwo weiter verfolgen will, so kann es nur dort geschehen, wo die Berufung der Mission des Generals Liman v. Sanders ihren Ausgang genommen hat, d. h. in Konstantinopel. Aber so wenig,